

Grundrechte sind unverhandelbar

Grüne Asyldebatte: „Da ist noch sehr viel Arbeit notwendig“, FR-Politik vom 19. Juni

Dieser Kompromiss ist ein Kotau und ein Ausverkauf

Zum Tag des Flüchtlings passt der sogenannte „Asylkompromiss“ wie die Faust aufs Auge. Bei einem Kompromiss werden Dinge verhandelt, die verhandelbar sind. Sind denn seit neuem Grundrechte und Grundlagen der Demokratie, wie sie weitgehend bisher verstanden und bei jeder sich bietenden Gelegenheit von Politikern fast aller Couleur lauthals beschworen wurden, verhandelbar?! Ich denke nicht. Dieser „Kompromiss“ ist ein Kotau und Ausverkauf und kein Kompromiss – wenn man denn Grundrechte verkaufen kann ...

Bei diesem „Kompromiss“ werden die beschworenen Grundlagen und Grundrechte aufs Mieseste unterlaufen bzw. nicht mehr wahrnehmbar und einklagbar ausgehebelt. Inzwischen haben sich mehrere namhafte Organisationen gegen diesen „Kompromiss“ ausgesprochen und mit gut begründeter Argumentation Stellung bezogen – so z. B. in der Wochenendausgabe der „taz“ Rechtsanwälte, die sich in der Migrationsproblematik engagieren, Pro Asyl und

viele andere mehr. Leider hat hier scheinbar keine Kommunikation untereinander stattgefunden – denn nur gemeinsam sind wir stark. Vielleicht gelingt dies ja noch – ich wünsche es mir sehr! Hier wird die Demokratie verteidigt – und nicht am Hindukusch und sonstwo!

Gerhard Rüh, Herold

Bleibeperspektive ist keine genetische Eigenschaft

Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass es Herrn Koenigs nicht darum geht, auf Biogen und Brechen die Zahl der Geflüchteten, die in Europa ankommen, zu reduzieren. Hier möchte ich daran erinnern, dass Europa, weltweit gesehen, nur einen kleinen Teil der Menschen aufnimmt, die derzeit auf der Flucht sind, dass nach wie vor Länder wie Libanon, Kenia, Bangladesch viel stärker betroffen sind.

Dann aber bin ich über eine Formulierung gestolpert, die man überall liest und hört und über die ich mich jedes Mal ärgere: „Menschen ohne Bleibeperspektive“. Das suggeriert, als sei die ominöse „Bleibeperspek-

tive“ eine genetische Eigenschaft von Menschen, besonders natürlich von solchen aus dem globalen Süden, die diese entweder haben oder eben nicht. Diese „Bleibeperspektive“ wird den Menschen aber doch zugeschrieben; Ukrainer z. B. haben sie automatisch. Man müsste also formulieren: „Menschen, denen eine Bleibeperspektive zugesprochen werden soll“ – das wäre korrekter.

Der Interviewer Claus-Jürgen Göpfert ist da genauer, denn er schwächt wenigstens ab, wenn er formuliert: „Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, wie das so schön heißt“, und macht damit deutlich, dass die „Bleibeperspektive“ zugesprochen wird und nicht angeboren ist. Herr Göpfert hätte da ruhig noch deutlicher werden dürfen.

Auch die Menschen ohne sogenannte Bleibeperspektive können ja gute und nachvollziehbare Gründe haben, weswegen sie in Europa leben wollen, und sind keine lästigen Insekten, die es abzuwehren gilt.

Dietlinde Haug, Oeynhausen

Diskussion: frblog.de/asylpolitik



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230704

FR ERLEBEN

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft – Die Rückkehr der Arche“. Anschließend Publikumsgespräch. Eine Veranstaltung von Pro Lesen e. V. Eintritt frei.
Donnerstag, 6. Juli, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen
Hedderichstraße 32, Frankfurt

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen.
Donnerstag, 6. Juli, 19 Uhr
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht über Armut und soziale Spaltung in Deutschland mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge und Elisabeth Kula, Fraktionsvorsitzende der Linken im Hessischen Landtag.
Montag, 10. Juli, 18 Uhr
Saalbau Südbahnhof
Hedderichstraße 51, Frankfurt

Jutta Rippegather moderiert das sozialpolitische Gespräch „Inflation, Mietenwahnsinn und wachsende Armut – Hessen vor den Landtagswahlen“, eine Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbunds Frankfurt und der Katholischen Akademie Rabanus Maurus. Mit Ernst-Ulrich Huster (Sachverständiger des Hessischen Sozialberichts) sowie weiteren Fachleuten.
Eintritt frei.
Montag, 10. Juli, 18.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Ziviler Ungehorsam

Zu: „Bäume besetzen kann teuer sein“, FR-Region vom 1. Juli

Da gibt es in Wiesbaden also ein paar Männer, noch dazu „christlich“ sich wählende (allen voran Innenminister Beuth), die empfinden die jungen Klimaschützer als Gefahr für Ruhe und Ordnung, schicken ihnen unverschämte Rechnungen, weil die Polizei bei den Klebeaktionen auf Straßen zur Sicherung des Verkehrs kommen muss.

In diesem unserem Lande gilt (noch) der Rechtsgrundsatz der „Verhältnismäßigkeit“. Und daher: Weshalb wagen sich diese Beamten nicht an die größten Verursacher der Klima- und Umweltprobleme, also die gigantischen Umweltverschmutzer heran, z. B. an Energie- und Autokonzerne, und lassen diese bezahlen (gemäß „Verursacherprinzip“)?

Denn es geht ja um die zerstörerischen Folgen ihrer Fabriken und Produkte. Zugleich wird mit diesen Zahlungsforderungen unsere – mit Demonstrationen und Protesten erkämpfte – Demokratie, speziell das Demonstrationsrecht untergraben.

Viele westliche Errungenschaften, die in Sonntagsreden solcher Herren gelobt werden, wurden durchweg durch Aktionen zivilen Ungehorsams erkämpft, weil die damaligen Herren mit den geltenden Verhältnissen gut und bequem leben konnten.

Ich bin gespannt, wie unsere Kinder und Enkel über diese Wiesbadener Herren urteilen werden. Die Bestrafung der KlimaschützerInnen muss umgehend beendet werden, und die Verursacher der schon spürbaren, eskalierenden Klimakatastrophe müssen endlich und angemessen zur Verantwortung und zur Kasse gebeten werden.

Edgar Göll, Langgöns

Engagierter Protest

Zu: „Zeit für einen neuen Weg“, FR-Meinung vom 30. Juni

Zwei führende grüne Politiker fordern Naturschutz und Renaturierung, nachdem in Hessen unter grüner Mitregierung der Dannenröder Forst und der Fehenheimer Wald abgeholzt wurden und demnächst die Autobahnen um weitere Spuren erweitert werden sollen – alles gegen engagierten Protest von BewohnerInnen. Und jetzt wollen sie die abgeholzten Flächen renaturieren?

Die Grünen haben der Ausgabe von Milliarden von Euros für Rüstung (u. a. für atomwaffentragfähige Kampfflugzeuge) zugestimmt – dieses Geld fehlt nicht nur für viel wichtigere andere Aufgaben, sondern Rüstung, Manöver und Krieg beschleunigen Naturvernichtung und Klimaschäden. Wie glaubhaft ist diese grüne Politik?

Annette Müller, Frankfurt

Fragwürdig oder schlicht rechtswidrig?

Mindestlohn: „41 Cent mehr pro Stunde“, FR-Wirtschaft vom 27. Juni

Zum 1.1.2015 wurde in der Bundesrepublik Deutschland erstmalig ein Mindestlohn eingeführt und zunächst auf 8,15 Euro pro Stunde festgelegt. Dieser Mindestlohn war durch die sogenannte Mindestlohnkommission alle zwei Jahre anzupassen, und die Bundesregierung setzte diese Anpassung anschließend durch Rechtsverordnung um. Bei der Festsetzung des Mindestlohns orientiert sich die Mindestlohnkommission „nachlaufend an der Tarifentwicklung“.

Die letzte Anpassung nach diesen Regelungen erfolgte zum 1.7.2022 auf 10,45 Euro pro Stunde. Zum 1.10.2022 erfolgte, nicht durch eine solche Anpassung, sondern ausnahmsweise durch Änderung des Gesetzes, eine Anhebung auf 12,00 Euro;

über die künftigen Anpassungen sollte die Kommission erstmals zum 1.1.2024 und anschließend wieder alle zwei Jahre beschließen.

Am Montag dieser Woche hat die Mindestlohnkommission mit den Stimmen der Arbeitgeberseite und dem Stichentscheid der Vorsitzenden die Anpassung des Mindestlohns zum 1.1.2024 auf lediglich 12,41 Euro und zum 1.1.2025 auf 12,82 Euro beschlossen. Bundesarbeitsminister Heil hat sogleich erklärt, diesen Vorschlag umzusetzen. Er habe keine andere Wahl, als dem Vorschlag zu folgen oder den Mindestlohn nicht zu erhöhen. Dies ist rechtlich fragwürdig.

Die FR berichtet, gegen die Stimmen der Gewerkschaften habe die Kommission den zuletzt von ihr festgelegten Wert

von 10,45 Euro als Ausgangspunkt für die Tarifentwicklung genommen. Dies ist nicht nur, wie DGB-Vorstandsmitglied Körzell sagte, eine „Missachtung des Gesetzgebers“, sondern schlicht rechtswidrig. Aufgrund der gesetzlichen Neufestsetzung des Mindestlohns zum 1.10.2022 auf 12,00 Euro hatte die letzte Anpassung auf 10,45 Euro jede rechtliche Wirkung verloren und konnte folglich nicht Anknüpfungspunkt für die jetzige Anpassung sein. Grundlage für die Anpassung zum 1.1.2024 durfte daher nur der Mindestlohn von 12,00 Euro und die Tarifentwicklung seit dem 1.10.2022 sein. Hieraus hätte sich mit Sicherheit ein höherer Mindestlohn ab dem kommenden Jahr ergeben.

Susanne Weißler-Hoth u. Jens-Peter Hoth, Frankfurt

Auch der Bär soll wieder her

Zu: „Wölfe schießen leichter gemacht“, FR-Panorama vom 1. Juli

Für Naturschützer ist es einer der größten Erfolge, dass wieder Wölfe in Deutschland leben. Auch der Bär soll wieder her, wenn es nach dem Nabu geht. Da gab es jetzt aber einen Dämpfer, nachdem in Italien ein Mensch durch einen Bären ums Leben kam.

2020 haben Wölfe in Deutschland ca. 4000 Schafe gerissen. Unsachgemäß aufgebaute Zäune waren die Hauptursache hierfür, so der Nabu. Wölfe überspringen Zäune bis zu 1,90 m und untergraben diese bis zu 60

cm. Der Bau eines wolfsicherer Zaunes ist mit dem Verdienst eines Schäfers nicht realisierbar. Die meisten Schafweiden befinden sich auf unebenem, steinigem, wurzeldurchwachsenem Gelände. Der Schäfer erhält zwar Zuschüsse für den für Zaunbau; ob diese kostendeckend sind, kann bezweifelt werden. Herdenschutzhund verursachen weitere Kosten.

Wo sind eigentlich die Tiereschützer, die sich auf ihre Fahnen geschrieben haben, den Tieren jegliches Leid zu ersparen?

Wahrscheinlich befinden sie sich in Rumänien – Straßenhunde fangen. Die zerfleischten Schafe interessieren sie jedenfalls nicht.

Der Nabu mag über die Wiederansiedlung der Wölfe entzückt sein, manchem Schäfer wird der Wolf die Existenz rauben. Fördergelder für Wiederansiedlung des Wolfes – Zaunbau, Herdenschutzhund, Gen-Analysen und Entschädigung für gerissene Schafe – kann man mit Sicherheit sinnvoller anderweitig einsetzen.

Karl Hahn, Bad Salzungen